



BERICHT AUS DÜSSELDORF DER NEWSLETTER VON SARAH PHILIPP

IN DIESER AUSGABE

Neue Enquetekommission |
Seite 2

NRW 4.0 | Seite 2

Neujahrsempfang | Seite 3

Plenarrede: Automatisiertes Fahren | Seite 3

AsJ-Salongspräch mit Minister Kutschatj | Seite 4

Mein neuer Mitarbeiter | Seite 4

Aktuelles zur Stadtentwicklung |
Seite 5

Gefahr: Smartphones am Steuer |
Seite 5

Interview mit Stefan Zimkeit MdL | Seite 6

Kalenderblick | Seite 7

Rätsel: Besuch im Landtag zu gewinnen | Seite 8

Parlamentarisches Lexikon: G wie Gewaltenteilung | Seite 8

Impressum | Seite 8

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Digitaler Wandel“ – Unter diesem Motto stehen die zentralen Vorhaben der NRW-Landesregierung im Jahr 2015. Dies hat unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft Ende Januar in ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht und inhaltlich ausgeführt.

Als Investitionspaket stehen 640 Millionen Euro für innovative Zukunftsprojekte zur Verfügung.

Eine durchaus erfreuliche Nachricht. Nordrhein-Westfalen liegt bereits weit vorne in der Digitalisierung und möchte diese Position noch weiter festigen. Ziel der Regierungserklärung war es, dass NRW im Bundesvergleich den ersten Platz bei der Anwendung und Umsetzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien dauerhaft belegt.

Bildung, Wirtschaft, Gesundheit – Der digitale Wandel betrifft viele Lebensbereiche. Die Frage nach dem Nutzen für den Menschen muss dabei im Zentrum aller Vor-

haben stehen. Außerdem muss man diese Themen sehr genau aus der Sicht der Nutzerinnen und Nutzer betrachten. Datenschutz und Datensicherheit spielen dabei eine zentrale Rolle, um Ängste abzubauen und Vorteile klar erkennbar zu machen.

Auch ich habe mich in dieser Plenarwoche mit dem Thema „Digitalisierung“ im Zusammenhang mit Mobilität beschäftigt. In einem Antrag der Piraten ging es um die Zukunft des autonomen Fahrens und den zukünftigen Nutzen für unsere Verkehrsinfrastruktur und ich habe für meine Fraktion zu dem Thema sprechen dürfen. Dazu könnt ihr mehr im Innenteil meines Newsletters lesen. Außerdem findet ihr viele Informationen zu Themen aus Düsseldorf und aus dem Wahlkreis auf den folgenden Seiten. Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen!

Gene Sarah

Zitat

„Der Mensch ist immer noch der beste Computer“

- John F. Kennedy

Enquetekommission: Zukunft der Familienpolitik

Seit Januar 2015 bin ich Mitglied der neuen Enquetekommission im Landtag

Enquetekommissionen werden eingerichtet, wenn über besonders umfangreiche und bedeutsame Themenkomplexe beraten werden soll. Nicht nur Abgeordnete, sondern auch Sachverständige bilden einen Teil der Kommission. Seit ihrer Konstituierung am 27. Januar 2015 bin ich Mitglied der Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“. Hier werden konkret neue Herausforderungen familienpolitischer Maßnahmen thematisiert. Darunter fällt nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch die Berücksichtigung des

neuen Familienbegriffs. Zwar bilden verheiratete Paare mit Kindern den größten Teil der Familien, jedoch werden die Anteile Alleinerziehender und von Patchwork-Familien größer. Ich finde, eine moderne Familienpolitik muss sich an der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist zudem die Wohnraumgestaltung, welche Familien ein möglichst optimales Umfeld bieten soll. Dies umfasst beispielsweise eine kind- und familiengerechte Wohnumfeldgestaltung sowie ein familienbewusster Umgang bei der Gestaltung des Auf-

enthaltsrechtes. Zum Beispiel beschäftigen wir uns mit der Frage, welche Infrastrukturangebote mit welchen Finanzierungsgrundlagen für eine erweiterte Familienzeitpolitik im Bund, im Land und in der Kommune zur Verfügung stehen. Am Ende sollen der Landesregierung aus den Resultaten der Kommission entwickelte Handlungsempfehlungen vorgelegt werden.

Digitaloffensive NRW 4.0

Landesregierung läutet neue Industrierevolution ein

1870 setzte sich die Fließbandproduktion durch – 2015 ist das Jahr für eine neue Industrierevolution.

Die Digitalisierung von Unternehmen, speziell von Unternehmensprozessen und Produktionsschritten, soll höhere Effizienz liefern. Im Mittelpunkt steht die lückenlose Vernetzung von Maschinen, Kunden und produzierten Gegenständen in Echtzeit. Das „Internet der Dinge“ hat bereits in der Automobilproduktion eine Produktivitätssteigerung von 20%

und im Maschinenbau um fast ein Drittel erzielt. Besonders müssen noch kleine und mittelständische Unternehmen gefördert werden, da diese laut der Deutschen Zentral-Genossen-

schaftsbank 70% der nicht-digitalisierten Unternehmen ausmachen. Wenn sich die klein- und

Ausmaße annehmen, dass die Wettbewerbsfähigkeit verloren geht. Wie Ministerpräsidentin

Hannelore Kraft in ihrer Regierungserklärung zum neuen Jahr ankündigte, hat sich die Landesregierung als Ziel gesetzt, dass NRW bundesweit die Nummer 1 im Einsatz modernster Informations- und Kommunikationstechnologie in Wirtschaft und anderen Gesellschaftsbereichen werden soll. Diesbezüglich will die

rot-grüne Landesregierung bis 2020 rund 640 Millionen Euro in Zukunftsprojekte mit Schwerpunkt Digitalisierung investieren und somit die Wettbewerbsposition verbessern und sichern.



Der Arbeitsplatz der Zukunft kann überall sein, wo es schnelles Internet gibt

mittelständischen Unternehmen nicht frühzeitig und einheitlich in Richtung „Industrie 4.0“ bewegen, könnte der Wettbewerbsnachteil gegenüber den US-amerikanischen Unternehmen derartige

Neujahrsempfang im Seehaus

Die Ortsvereine aus meinem Wahlkreis beim Neujahrsempfang im Seehaus

Wenn ein neues Jahr beginnt, beginnt auch immer die Zeit der Neujahrsempfänge. Am 07. Februar hatte ich die Ortsvereine und Mandatsträger aus meinem Wahlkreis in das Mezzomar Seehaus am Bertasee eingeladen. Bei der Gelegenheit konnte ich den Anwesenden meine neuen Mitarbeiter Marvin Rosenberger und Denes Kücük persönlich vorstellen. Ich fand: Das war ein schöner Neujahrsempfang. Es hat mich gefreut, dass so viele Genossinnen und Genossen aus den Ortsvereinen gekommen sind und wir gute Gespräche führen konnten.



Plenarrede: Automatisiertes Fahren

Am 18. März wurde im Landtag über einen Antrag der Piratenfraktion zum Thema „Autonomes Fahren: Chancen der Digitalisierung und des Wandels im Mobilitätsmarkt erkennen und für die Flexibilisierung des öffentlichen Nahverkehrs nutzen“ diskutiert, wozu ich eine Rede gehalten habe. Ich möchte unterstreichen, dass das autonome Fahren eine technische Entwicklung ist, welche wir in NRW aktiv unterstützen und begleiten möchten. Die meisten Unfälle im Straßenverkehr sind noch immer auf menschliches Versagen oder Unachtsamkeit zurückzuführen, was die Technologie auch im Hinblick auf Sicherheitsaspekte unterstützenswert macht. Lobenswert sind die Bemühungen des NRW-Verkehrsministeriums, eine Teststrecke für autonomes Fahren auf Autobahnen in Nordrhein-Westfalen einzurichten. Es geht

zudem um eine möglichst staufreie Lenkung kompakter Verkehrsströme auf unseren Straßen und die Vernetzung aller Verkehrsträger. Das gilt insbesondere auch für einen modernen öffentlichen Nahverkehr. Die Regierungserklärung von Hannelore Kraft hat bereits deut-

lich gemacht, dass wir bereits jetzt u.a. durch den Ausbau von Verkehrszentralen den Einstieg in die moderne Mobilität gemacht haben. Ebenso berücksichtigt das Verkehrsinfoportal NRW verschiedene Verkehrsträger, um einen lückenlosen und effizienten Transport zu ermöglichen.



Sarah Philipp im Plenarsaal des Landtags NRW

AsJ-Salongespräch mit Justizminister Kutschaty

Kutschaty: „Mehr Sachlichkeit in der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung“

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen in der SPD (AsJ) diskutierte unser NRW Justizminister Thomas Kutschaty im Januar mit Duisburger SPD-Mitgliedern und Bürgern über aktuelle Herausforderungen der Rechtspolitik. Zunächst ging Thomas auf die schrecklichen Anschläge in Paris ein. Er lobte Bundesjustizminister Heiko Maas dafür, die richtigen Instrumente ins Spiel gebracht zu haben, um z.B. die Ausbildung in Terror-

camps unter Strafe zu stellen und die Rückkehr von Kämpfern aus Syrien zu verhindern. Der Vorratsdatenspeicherung erteilte Thomas allerdings eine klare Absage und forderte mehr Sachlichkeit in der Diskussion um die umstrittene Maßnahme. Als wichti-

ges rechtspolitisches Thema nannte der Minister die Wirtschaftskriminalität, wobei es sich z.B. um Delikte wie Datenklau,

durch Kriminalität insgesamt entstehe. Um besser dagegen vorgehen zu können, müsse die Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden verbessert werden: Landespolitisch spielte in den letzten Wochen vor allem das neue Landesstrafvollzugsgesetz eine große Rolle. Das Gesetz setze mehr auf Opferschutz und Resozialisierung von Tätern. Sarah Philipp, die im Rechtsausschuss des Landtages sitzt, betonte, dass es wichtig sei früh mit



Von rechts: NRW-Justizminister Thomas Kutschaty, MdL Sarah Philipp und der Duisburger AsJ-Vorsitzende und Ratscherr Sascha Röser

oder die Beschaffung von Aufträgen durch Zahlung von Schmiergeldern handelt. Zwar mache dieser Bereich nur 2% der Straftaten aus, der Schaden, der durch Wirtschaftskriminalität entstehe, umfasse allerdings etwa 50% des wirtschaftlichen Schadens, der

der Resozialisierung der Täter zu beginnen. „Intensive Täterarbeit ist auch immer Opferschutz“, so Sarah Philipp. Zudem sei es richtig den Opfern ein besseres Auskunftsrecht über den Haftverlauf des Täters zu bekommen.

Veränderung im Büro: Mein neuer Mitarbeiter

Marvin Rosenberger leitet seit Februar Ralf Jägers und mein Düsseldorfer Landtagsbüro

Marvin arbeitete bisher in der Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion Oberhausen und als wiss. Mitarbeiter bei meinem Landtagskollegen Wolfgang Große Brömer. Zuvor war er bei Vodafone in der Zentrale in Düsseldorf tätig. Nebenberuflich studierte er den „Master of Business Administration“ (MBA). Sein Erststudium hat Marvin in Politikwissenschaft, Soziologie und Öffentlichem Recht an der Universität Münster 2009 mit dem Magister abgeschlossen.

Neben Reisen zählt alles rund um Fußball zu Marvins Hobbys. Insbesondere, wenn es um den MSV Duisburg geht. Seit Februar hat er die Stelle meiner ehemaligen Mitarbeiterin Katharina Junk angetreten, die zu Jahresbeginn ins Ministerium für Inneres und Kommunales gewechselt ist. Gerne könnt ihr euch an Marvin wenden, wenn ihr ein Anliegen habt. Ihr erreicht ihn per Telefon (0211 884 2661) oder per Mail an: marvin.rosenberger@landtag.nrw.de



Marvin Rosenberger

Aktuelles zur Stadtentwicklung

Lösung bei der U79:

Für Freude hat eine gute Nachricht zur U79 gesorgt: Die hartnäckigen Verhandlungen der Stadtspitze und des Oberbürgermeisters Sören Link für eine Lösung bei der U79 zur Finanzierung der neuen Zugsicherung der Straßenbahn zwischen Duisburg und Düsseldorf haben sich dabei ausgezahlt. Für die Stilllegung der städteübergreifenden Straßenbahnverbindung hätte zu Recht niemand Verständnis aufgebracht. Wir brauchen hingegen mehr und noch besseren öffentlichen Nahverkehr.

Jetzt geht es daran, die Modernisierung der Fahrzeugflotte und der Bahnhaltstellen, hier vor allem den barrierefreien Ausbau, weiter voran zu bringen. Mit dem Projekt Rhein-Ruhr-Express (RRX) wird zudem die Mobilität im Schienenverkehr für die gesamte Region langfristig gestärkt.

Land fördert Duisburger Stadtentwicklung:

Das Land fördert weiter die Stadtentwicklung in Duisburg. Den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen kommen in den nächsten 5 Jahren rund 270 Millionen Euro im Rahmen der Städtebauförderung zugute. Davon profitiert insbesondere Duisburg, denn mit den Geldern können vor Ort wichtige Städtebauprojekte umgesetzt werden. Ziel des NRW Städtebauförderprogramms ist es, Investitionen in Kommunen mit schwierigen Haushaltslagen zu ermöglichen. Auch jetzt sollen die Gelder wieder in Zukunftsinvestitionen fließen, beispielsweise in die Duisburger Altstadt, die barrierefreie Umgestaltung von öffentlichen Plätzen und die Aufwertung öffentlicher Grünanlagen im direkten Wohnumfeld.

Attraktives Wohnen in Wedau:

Es kommt Bewegung in die Planungen für die ehemaligen Bahnflächen in Wedau. Die Entwicklung des Areals ist ein wichtiger Schritt, um attraktiven Wohnraum im Süden zu schaffen. Die gemeinsame Herangehensweise von Stadt, Bahn und den Spezialisten von der Bahnflächen-Entwicklungsgesellschaft (BEG) bei der Entwicklung und der Suche nach Investoren für die 70 Hektar-Fläche rund um die Wedauer Brücke ist ein positives Signal. Angesichts der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung kommt es zukünftig auch darauf an, neue Einwohner für die Stadt zu gewinnen. Im Idealfall können wie in Wedau nicht mehr benötigte Flächen neu genutzt werden. Gut ist, wenn seitens der Planer bereits frühzeitig über die notwendige Verkehrsinfrastruktur und Nahversorgung nachgedacht wird.

Risikoquelle im Straßenverkehr: Smartphones

„Schon ein kurzer Blick aufs Display bedeutet ein lebensgefährliches Risiko“

Die Polizei in NRW sieht mit zunehmender Sorge, dass immer mehr Menschen ihr Handy oder Smartphone während der Fahrt nutzen und sich so in gefährlicher Art und Weise vom Verkehr ablenken lassen. Innenminister Ralf Jäger warnt: „Wer bei Tempo 50 den Blick für zwei Sekunden von der Straße abwendet, um z.B. aufs Display zu schauen, fährt fast 30 Meter im Blindflug.“ Telefonieren am Steuer ist vergleichbar gefährlich wie 0,8 Promille Alkohol im Blut. Schreibt man eine SMS am Steuer, reagiert man sogar nur noch wie ein Fahrer mit 1,1

Promille. Die Polizei wird deshalb noch restriktiver gegen die Nutzung von Smartphones beim Fahren vorgehen. Neben verstärkter



Handynutzung am Steuer ist lebensgefährlich Aufklärung, wird sie intensiver kontrollieren und bei gefährlicher und rechtswidriger Nutzung auch sanktionieren. Dafür soll bei Un-

fällen mit Personenschaden zukünftig das Handy sichergestellt werden, wenn der Verdacht besteht, dass der Fahrer durch die Handynutzung abgelenkt war. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft kann dann ausgewertet werden, ob eine Kommunikationsverbindung zum Unfallzeitpunkt bestand. So soll zukünftig die Sicherheit im Straßenverkehr verbessert werden. Schließlich sind Unfälle durch Ablenkung einfach zu vermeiden: Durch erhöhte Konzentration auf den Verkehr.

Stefan Zimkeit: „Der Soli für den Westen muss her“

Interview mit dem Finanz- und Haushaltspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion

Seit Ende Januar bist Du finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Wie war aus Deiner Sicht der Start im Sprecheramt; was hat sich im Vergleich zu Deiner bisherigen Abgeordnetentätigkeit für den Wahlkreis Oberhausen/Dinslaken geändert?

Der Start war, wie die neue Aufgabe, spannend. Natürlich hat sich einiges geändert, insbesondere was die Einarbeitung in neue Themenfelder angeht. Aber zum Glück ist nicht alles neu, da ich schon als stellvertretender Sprecher von meinem Vorgänger Mar-

tin Börschel in die Abläufe einbezogen wurde. Trotzdem muss man sich erstmal neu sortieren, wozu ich viele Gespräche führe.

Worin siehst Du die Hauptaufgaben einer sozialdemokratischen Finanzpolitik in NRW?

Ich verstehe mich nicht als Haushälter, den nur Zahlen interessieren, sondern als Finanzpolitiker, der die Zukunft unseres Landes mitgestalten will. Eine zeitgemäße Finanzpolitik muss in erster Linie gerecht sein, und zwar in dreierlei Hinsicht:

Belastungen müssen gerecht zwi-

schen den Generationen verteilt sein. Dazu gehört es auch, kommenden Generationen keinen Investitionsstau zu hinterlassen.

Starke Schultern müssen mehr tragen als Schwache. Das heißt, dass große Vermögen und reiche Erbschaften an der Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben beteiligt werden.

Und die Finanzströme müssen deutschlandweit gerechter organisiert werden. Hier ist es notwendig die Benachteiligung NRW zu beenden. Allein der Umsatzsteuerausgleich sorgt dafür, dass 2,4 Milliarden hier erwirtschaftete Euro in andere Länder fließen. Damit muss spätestens 2019 Schluss sein. Andere Bundesländer erhalten Mittel aus NRW und können ihre Schulden tilgen. Wir hingegen müssen Kredite aufnehmen, um andere Länder zu unterstützen. Ob die Opposition, insbesondere die NRW-CDU, bei der Neugestaltung der Bundesländer Finanzbeziehungen auf Seiten unseres Landes steht, werden wir im Rahmen der nächsten Plenardebatten sehen.

Die Einhaltung der Schuldenbremse auf Landesebene im Jahre 2020 gilt als wichtiger Prüfstein. Welche Maßnahmen sind geplant, damit dieses Ziel erreicht werden kann? Welche Herausforderungen gibt es, um die Situation des Landesetats weiter zu verbessern?

Aufgabe der Haushalts- und Finanzpolitik ist es, politische Handlungsspielräume zu eröffnen und gleichzeitig dafür zu sor-



Stefan Zimkeit

Finanz- und Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion,
MdL für Oberhausen-Sterkrade & Dinslaken

gen, dass spätestens 2020 keine Schulden mehr gemacht werden. Hierbei ist NRW auf einem guten Weg, seit 2010 ist die Neuverschuldung um 71 Prozent gesunken und diesen Weg setzen wir fort. Dabei wird die SPD-Fraktion den Dreiklang ihrer erfolgreichen Finanzpolitik fortsetzen: Einsparen, ohne Strukturen zu zerschlagen, für zusätzliche Einnahmen sorgen und vorsorgend in die Zukunft investieren.

Wie bewertest Du die Kritik der Opposition an der Haushaltspolitik des Landes?

Die Opposition fordert, gleichzeitig zu sparen, die Einnahmen zu senken und mehr Geld auszugeben. Dieser Dreisatz funktioniert nicht. Die CDU schlägt zum Beispiel vor, dass NRW sich am Saarland orientiert und 10 Prozent aller Stellen streicht. Dies würde 4000 weniger Polizisten und 17.000 weniger Lehrerinnen und Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen bedeuten. Gleichzeitig fordert die Landtags-CDU aber mehr Lehrkräfte und mehr Polizei. Außerdem plant die Opposition erhebliche Belastungen für die Familien durch die Wiedereinführung von Kindergarten- und Studiengebühren, während zeitgleich die Steu-

ern gesenkt werden sollen. Dies ist konzeptionslos. An der Art ihrer Kritik wir deutlich, dass die Opposition nervös wird. Sie stellen fest, dass wir auf einem guten Weg zu einem ausgeglichen Haushalt sind, und dies zerstört den Kern ihrer Wahlkampfstrategie.

Was unternimmt das Land NRW, um den vielen in Finanznot geratenen nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden, wie zum Beispiel Duisburg und Oberhausen, zu helfen?

Die Unterstützung der Kommunen steht im Zentrum der sozialdemokratischen Finanzpolitik. Auch die Städte im Ruhrgebiet müssen die Möglichkeit haben, in ihre Zukunft, in Kinder und Bildung zu investieren. Wir werden nicht den Weg der schwarz-gelben Vorgängerregierung gehen, den Landeshaushalt auf Kosten der Städte zu sanieren. Stattdessen eröffnen wir Handlungsspielräume, von denen diejenigen Städte profitieren, die erhebliche soziale Herausforderungen zu meistern haben. Allein für den Stärkungspakt Stadtfinanzen haben wir fast sechs Milliarden Euro Haushaltsmittel vorgesehen. Überschuldete Städte wie Duisburg und Oberhau-

sen haben damit wieder die Chance bekommen, ihre Zukunft mitzugestalten.

Die Themen Steuerhinterziehung und Steuerumgehung sind immer wieder in den Schlagzeilen. Was tut NRW zur Bekämpfung dieser Praktiken?

Die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und die Schließung von Steuerschlupflöchern ist aus meiner Sicht ein Frage der Gerechtigkeit. Die Steuer-CDs haben einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass allein die Ankaufsankündigung zu höheren Steuereinnahmen führt. Auch mit dem Widerstand gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz, mit mehr Steuerprüfern und Bundsratsinitiativen gegen Steuerschlupflöcher tragen wir dazu bei, dass gerade hohe Einkommen ihren Beitrag zu den notwendigen Einnahmen des Staates leisten. Dass die Opposition da nicht mitziehen möchte, finde ich bemerkenswert.

Vielen Dank für das Interview.

Auszug aus dem Kalender

22.3: Politisches Frühstück der ASF +++ 1.4: Mittendrin-Praxistag im Ziegenpeter (Rheinpark) +++ 2.4: Infostand Großenbaum+++ 9.4: DU-Altstadt-Rundgang mit Staatssekretär von der Mühlen +++ 13.4: Besuch der Duisburger Tafel +++ 15.4: Niederrhein-Pokal: RWO-MSV +++ 18.4: AnsprechBAR bei Tiger&Turtle +++ 21.4: Veranstaltung zu Inklusion mit Neumann MdL +++ 23.4: Besuch der Sekundarschule Du-Süd mit Landtagspräsidentin Gödecke +++ 29/30.04: Plenum +++ 01.05: Tag der Arbeit, DGB Kundgebung im Landschaftspark +++ 3.5: Tura 88-Viktoria Buchholz +++ 20/21.05: Plenum +++ 14.05: Christi Himmelfahrt/Vatertagsfete der SPD-Buchholz



Impressum

Redaktion

Marvin Rosenberger
Denes Kücük
Jan Eric Walsken
Sarah Philipp

V.i.S.d.P

Sarah Philipp, MdL

Kontakt

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 02 11/884-26 62
Fax: 02 11/884-32 06
sarah.philipp@landtag.nrw.de

Sarah Philipp...

...bei Facebook

fb.com/philippfuerduisburg

...bei Twitter

twitter.com/Philipp_fuer_DU

...auf der Homepage

philipp-fuer-duisburg.de

Rätsel: Wer ist gemeint?

Besuch im Landtag inklusive Kaffeeklatsch zu gewinnen

Als viertes von sechs Kindern stammt die gesuchte Person aus einer kleinbäuerlichen Familie aus Heidelberg. Die Person lernte das Handwerk des Sattlers, legte die Gesellenprüfung allerdings nie ab. Später lebte die gesuchte Person in Bremen, wo sie unter anderem als Zeitungsredakteur tätig war. Anschließend gelang der Einzug in die Bremer Bürgerschaft. Der Aufstieg in der SPD war nicht mehr aufzuhalten. Später wurde die Person gewähltes Reichstagsmitglied und besetzte höchste Positionen in der SPD und in der Weimarer Republik. Heute sind tausende junger Menschen dankbar für das politische Testament der Person.

Unsere Gewinnspielfrage lautet: Welchen wichtigen Menschen haben wir hier gerade beschrieben?

Wenn Ihr die richtige Antwort wisst, nehmt an unserem Gewinnspiel teil. Wir verlosen unter den eingesendeten richtigen Antworten folgende Preise:

- 1. Preis** Besuch im Landtag Nordrhein-Westfalen für zwei Personen mit anschließendem „Kaffeeklatsch“ mit Sarah Philipp.
- 2. Preis** Buchpreis „Kommen Sie aus Deutschland oder aus Überzeugung?: Politische Witze“ von Willy Brandt.

Bitte sendet uns die **Antwort:**

- **per Postkarte** an Sarah Philipp MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf, oder
- **per Email** mit dem Betreff „Preisrätsel“ und dem Lösungswort an info@philipp-fuer-duisburg.de

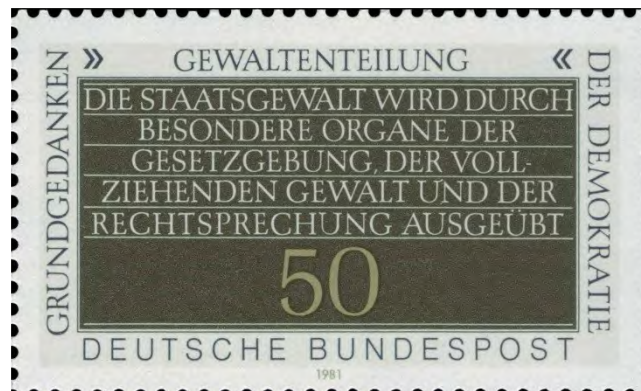
Einsendeschluss ist der 1. April 2014. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Parlamentarisches Lexikon: G wie Gewaltenteilung

Legislative, Exekutive, Judikative: Ohne Gewaltenteilung keine Demokratie

In einem demokratischen Staat ist die Macht geteilt. Es gibt in Deutschland eine Dreiteilung: Legislative, Exekutive und Judikative. Die Legislative ist die gesetzgebende Kraft. In den Ländern ist dafür der jeweilige Landtag oder Senat zuständig. Die Gesetzgebung im Bund übernimmt der Bundestag. Die Exekutive, die Regierung, führt die Gesetze aus. Sie ist

in demokratischen Rechtsstaaten an die Gesetze der Legislative ge-



Sonderbriefmarke der Deutschen Bundespost von 1981

rechtssprechende Gewalt. Sie wird in Rechtsstaaten von unab-

hängigen Richtern ausgeführt. Sie ist ebenfalls an Gesetz und Recht gebunden und prüft, ob diese eingehalten werden. Eine Sonderstellung hat dabei das Bundesverfassungsgericht, das Gesetze auf deren Einklang mit der Verfassung überprüfen kann. Die Idee vom Prinzip der modernen Gewaltenteilung geht auf die Philosophen und Vordenker der Ausklärung John Locke und Charles-Louis Montesquieu zurück.